DER BREMER ANTIFASCHIST

DM 1,-

Landesverband der VVN/Bund der Antifaschisten Bremen e.V.

Wichtig!!! Sommerausfahrt nach Worpswede am Samstag, den 04. August! (siehe auch Seite 4)

August 08/2001

Gesetz gleich Recht ???

Am 23.06. hatten 36 Organisationen anlässlich des Aufmarsches von Neonazis in Bremen-Nord zur Gegendemo an der Reeder Bischof/Sagerstraße aufgerufen. Dieser Platz war seitens der Innenbehörde genehmigt worden, weit entfernt vom Aufmarschgebiet der Ultrarechten auf dem Aumunder Marktplatz und abgegrenzt durch 1.500 schwerbewaffnete PolizistInnen. Unter den ca. 300 TeilnehmerInnen war die VVN-BdA überdurchschnittlich präsent, auch wenn sich das bewusst und unbewusst in den Medien so nicht widerspiegelte.

Unter den zahlreichen RednerInnen hob sich die Ausländerbeauftragte der Bundesregierung, Marie Luise Beck (Grüne), wohltuend ab. Nach dem Landesvorsitzenden der SPD, Detlev Albers, sprach auch Senatsrat Kuno Böse (CDU), der künftige Innensenator, und entrüstete sich u.a. mit den Worten "Scheiß-NPD". Einen eigenen Versuch, den Naziaufmarsch nicht zu genehmigen, auch wenn ein Gericht mal wieder zu Gunsten der Neo-Nazis entschieden hätte, unternahm er nicht. Hierbei brüstete er sich mit vorauseilendem Gehorsam für die Nazis das Demonstrationsrecht abzusichern.

Da wird es gespenstisch, denn unter seiner Verantwortung wurden 1.500 PolizistInnen mit Wasserwerfern und Greiftrupps für ca. eine halbe Million DM Steuergeldern aufgeboten, um ca. 130 Neonazis mit ihren einschlägigen Fahnen und Rufen wie "Ruhm und Ehre der Waffen-SS" vor angeblich gewaltbereiten Gegendemonstranten zu schützen. Auf dem 3 Stunden langen Nazi-Marsch durch die Wohnstraßen wurden die Rechtsradikalen von Kuno Böse persönlich begleitet. Übrigens: in diesem Zusammenhang von "gewaltbereiten" Gegendemonstranten zu sprechen ist mehr als übertrieben und dürfte wohl als Alibifunktion für den kostenreichen Großeinsatz dienen. Das Rechtfertigungsgehabe wirkt um so zynischer angesichts der vom Bundesministerium des Inneren veröffentlichten Zahlen von mehr als 16.000 kriminellen Vergehen und Verbrechen, alleine im Jahre 1999 von rechtsgerichteten Gewalttätern an Leib und Leben, Gesundheit und Eigentum in unserem Land begangen.



Die Gegendemonstranten vor der Polizeikette, die die Nazis "schützt"

Erneut konnte sich in Bremen-Nord am Sonnabend (23.6.01) ein militantes Bild von Uniformierten, Geräten und den Fahnen der Nazis entfalten, dazu u.a. die Rufe "Ruhm und Ehre der Waffen-SS", das Hochhalten einer Organisation, die 1946 in Nürnberg als verbrecherisch verurteilt worden war. Störend fanden es einige Polizisten allerdings, dass in dem, neben der Bühne für "Rock gegen Rechts" aufgebauten Getränkepavillon auch Bier ausgeschenkt wurde.

Andersdenkende Polizeiangehörige können einem bei solchen Kollegen nur leid tun. Dem Pavillonbetreiber sei Dank, denn so die Vorschrift, war mit ihm wenigstens eine Toilettenanlage aufgestellt worden. Das Kaufhaus Leffers hatte seine Sanitäreinrichtung für AntifaschistInnen gesperrt.

Schlimm ist der sinngemäße Einwand von Kuno Böse zur Ausländergesetzgebung am Rande der Kundgebung, nebst der von ihm vertretenen Abschiebepraxis Der "Rechtsstaat" müsse bewahrt und die Gesetze beachtet werden. Hinter dem "Wie" seiner Reaktion verbirgt sich der verfassungswidrige Satz: "Gesetz gleich Recht", wie er vor 1945 ohne Einschränkung galt und als Rechtfertigung für unmenschliches Handeln herangezogen wurde. Die Väter des Grundgesetzes haben ihn bewusst als Antwort auf die Greuel des rassistischen NS-Staates aus unserem Rechtssystem verbannt und durch dir absolute Bindung von Legislative, Exekutive und Justiz an Gesetz *und* Recht ersetzt. Mit anderen Worten, Gesetze, die nicht rechtens sind, also unmenschlich brutal, existenzvernichtend, rassistisch anmutend, können mit unserer Verfassung und unserem Rechtssystem nicht vereinbart werden. Ein Gebot, welches nach dem Grundgesetz nicht einmal einstimmig geändert werden darf!

Bei einer anderen, von Senatsrat Böse (CDU) großangelegten Aktion gegen Schwarzarbeit, u.a. auf Baustellen, in Gaststätten, dort, wo auch ausländische Arbeitnehmer beschäftigt werden, lässt er in der Presse verlauten, dafür sorgen zu wollen, dass Arbeitsplätze in Bremen für Bremer geschaffen werden. Das hören die Nazis sinngemäß gerne und haben schon angekündigt wiederzukommen!

Walter und Ingrid Franke

Zwangsarbeit in Nazi-Deutschland

"In der Zeit von 16.07. bis 24.09.1942 und vom 07.07.1943 bis 30.04.1944 habe ich in Deutschland 12 Stunden täglich gearbeitet, sonntags 5 Stunden. Die Verpflegung war miserabel, 250 g Brot, 20 g Margarine, 30 g Blutwurst oder Leberwurst, mittags meist ohne Kartoffeln, Nudeln, Grütze, Knorr-Suppen, Fleisch nur sonntags und nur 50 g, abends Eintopf oder Suppe mit drei Pellkartoffeln. Die Verhältnisse im Lager, wo wir gewohnt haben, waren sehr ungünstig, 600 Personen in einem Tanzsaal, in Bremen-Huckelriede dreistöckige Betten.
Im ‚Heim Goldina' habe ich gewohnt vom 15.01. bis 28.04.1945, an diesem Tag kamen die Amerikaner und die Engländer. Wir saßen in einem Bunker in Hemelingen in der Nähe von dieser Eisenbahnbrücke Ecke Sebaldsbrücker Heerstraße, wo heute ein Zooladen/Fotogeschäft ist. Also im ‚Heim Goldina' habe ich ein paar Monate gewohnt, in dieser Zeit habe ich im Zentralbetriebsbüro in Blumenthal gearbeitet, da war früher eine Teppichfabrik oder die Wollkämmerei. Im Betriebsbüro war ich tätig als Karteiführer und Sachbearbeiter für Werksaufträge. Fast jeden Tag mussten wir ab 6 Uhr früh zum Einsatz gehen und nach dem Bombardement Schutt räumen, eine gefährliche Arbeit, dann von 12 bis 19 Uhr in Blumenthal arbeiten.

Das ‚Goldina Heim' war sehr primitiv eingerichtet, dreistöckige Betten, zwei Dekken, Kopfkissen und Unterlage mit Stroh, ohne Heizung, und der Winter war sehr streng (wir waren ständig erkältet). Die (Schokoladen-)Fabrik war teilweise zerstört, die Fenster waren mit Flugzeug-Alublech-Resten abgedeckt (Focke 190-C). Wir waren da immer eingesperrt, nur jeden zweiten Sonntag nachmittag durften wir ausgehen (Die Verpflegung war sehr arm, wir waren immer hungrig). 1945 war schon alles sehr knapp. Wir haben verschiedene Gaststätten aufgesucht, um etwas ohne Marken zu essen zu kriegen. Am Rande der Stadt war ein Restaurant ‚Kaiserpalast', da gab's immer drei grüne Heringe mit Kartoffelsalat oder Kohlrabi bürgerlich zu 90 Pfennig. Wir haben immer 3-4 Portionen bestellt.
Am Bremer Bahnhof haben wir immer künstliches Eis bestellt, auch drei Portionen, abends waren wir wieder hungrig.
Am 28.04.1945 haben uns die Amerikaner in der Oberhoferstraße untergebracht, die ganze Straße wurde damals zum Polenlager. Die früheren Bewohner waren außerhalb Bremens ausgesiedelt. Am 15.02.1946 kehrte ich nach Poznan zurück."

Henryk Hauffe (Poznan)

Jugend, Rechtsextremismus und Gewalt

Das Buch mit obigem Titel, herausgegeben von Prof. Dr. Christoph Butterwegge und Prof. Dr. Georg Lohmann, will dem Mythos "Rechtsextreme Gewalt sei gleich Jugendgewalt" entgegenwirken. Sie machen sich für die Prävention bei Jugendlichen stark.
In den ersten beiden Kapiteln geht es um sozialwissenschaftliche Erklärungsansätze und die gesellschaftlichen Hintergründe des Rechtsextremismus sowie die Herausforderungen an Staat und Gesellschaft. Die letzten beiden Kapitel setzen sich mit den sich daraus ergebenden Konsequenzen für Schule, Jugendarbeit und Weiterbildung auseinander.
Butterwegge beklagt gleich am Anfang, dass es viele Erklärungsmuster gibt, die sich (fast) alle widersprechen oder ausschließen. Gleiches gilt für die Unklarheit der Begriffe. So will er erst einmal die Terminologie geklärt wissen. Er baut drei Begriffspaare auf: "Ausländerfeindlichkeit" und "Rassismus", "Rechtsradikalismus" und Rechtsextremismus" und "Neonazismus" und "Neofaschismus". Er plädiert dafür, dass "Rechtsradikalismus" gänzlich gestrichen werden sollte (Radikal bedeutet sinngemäß, das Übel "an der Wurzel packen") und "Ausländerfeindlichkeit" verniedlichend ist (welcher Nazi hat etwas gegen einen Dänen oder eine Schwedin?). Wer jemanden als "Neonazi" oder "Neofaschist" bezeichnet, sollte wissen, auf welche Ursprünge dieser sich bezieht.

Er beleuchtet unter anderem Wilhelm Heitmeyers Thesen, die rechte Jugendliche als "Opfer der Risikogesellschaft" und "Modernisierungsverlierer" darstellen, und zur "Täterentlastung" führen könnten. Eine Untersuchung an der Uni Trier hatte das Ergebnis, dass rechte Gewalttäter vorwiegend aus ganz "normalen", also keineswegs zerrütteten Familien stammen. Heitmeyer gilt eher als Anhänger der Extremismustheorie (rechts gleich links).

Im zweiten Abschnitt zeigen Christoph Butterwegge und Gudrun Hentges anhand der Asyldebatte, wie aus Zuwanderern "Fremde" gemacht werden. In den Medien werden Flüchtlinge oft genug durch eine einseitige Berichterstattung zu "Betrügern" oder "Sozialschmarotzern" gestempelt, deren einziges Ziel es ist, den Wohlstand und das friedliche Zusammenleben in der Bundesrepublik gefährden zu wollen. Denn: Nur der böse Ausländer ist eine Nachricht wert.
Über zehn Seiten beleuchten beide (Butterwegge war lange Zeit an der Uni Bremen tätig) die schon als kriminell zu bezeichnenden "Berichte" über die 500 kurdischen Libanesen in Bremen. Selbst die "taz"-Bremen ließ sich herab, in die gleiche Kerbe zu schlagen wie "Weser-Report", "Bild" oder "Weser-Kurier". ("Asylbetrüger", "Scheinasylanten", "Asylabzocker", "Abzockprofis"). Mitte Mai 2000 erstatten 20 der kurdischen Libanesen Strafanzeige gegen Axel Schuller (Weser-Report) und Marcus Stöcklin (Bild) wegen Beleidigung, Verleumdung und übler Nachrede. Gleichzeitig stellten Bremer Bürger Strafantrag wegen Volksverhetzung gegen beide. Die Staatsanwaltschaft verweigerte jegliche Ermittlungen.
Susanne Ulvoden fragt: "Rechtsradikale Jugendliche - nur ein Problem der Jugend?" Auf den ersten Blick - ja (Erst- und Jungwähler bei Naziparteien überdurchschnittlich hoch, militante Nazis fast immer jung). Ulvoden dreht es um. Sie sagt, die Nachricht ist bei den Jungen angekommen, und liefert die "Urheber" der "Message". Hier eine kleine Auswahl: "Ein konfliktfreies Zusammenleben wird nur möglich sein, wenn die Zahl der Ausländer begrenzt und langfristig vermindert wird (...)" (F. Zimmermann, CSU, Bundesinnenminister, 1983); "Die Grenze der Belastbarkeit ist überschritten. (...) stehen wir vor der Gefahr (...) ich sage es mit Bedacht - eines Staatsnotstandes" (H. Kohl, CDU, Bundeskanzler, 1992); "Die Grenze der Belastbarkeit Deutschlands durch Zuwanderung ist überschritten." (O. Schilly, SPD, Bundesinnenminister, 1998); "Wir brauchen weniger Ausländer, die uns ausnützen, und mehr, die uns nützen." (G. Beckstein, CSU, bayerischer Innenminister, 2000)
Andreas Kuhlmann befasst sich in dem Artikel "Verstehen darf nicht zu Einverständnis werden!" mit der "akzeptierenden Jugendarbeit" und übt Kritik an der Art und Weise der Durchführung. Jugendliche, die rechte Tendenzen haben und jugendliche Neonazis über einen Kamm zu scheren ist sicherlich falsch. Aber "sozialtherapeutische Streicheleinheiten für gefestigte Ideologieträger" sind "eindeutig und nachhaltig abzulehnen."

Leider muss ich in Sachen Register meine übliche Kritik anbringen. Warum wird bei den heutigen Möglichkeiten einen Index zu erstellen, darauf verzichtet?

Das Buch "Jugend, Rechtsextremismus und Gewalt. Analysen und Argumente", herausgegeben von Christoph Butterwegge und Georg Lohmann, hat 304 Seiten, ist im Jahr 2000 im Verlag Leske + Budrich, Leverkusen-Opladen erschienen und kostet 29,80 DM (ISBN 3-8100-2976-9)

Gerold

Engeres Zusammengehen erforderlich

54 Jahre nach Gründung der VVN stehen wir vor der Aufgabe, VVdN-BdA und VVN-BdA unter Einbeziehung der Lagergemeinschaften zu einer gemeinsamen Vereinigung zusammenzuschließen. Wir müssen feststellen, dass der ins Auge gefasste Zeitplan wahrscheinlich nicht zu halten ist.

Anfang Oktober letzten Jahres hatte unser Bundeskongress energische Schritte auf diesem Weg gefordert und dies mit einer Frist versehen. Unser erster Schritt war im Januar mit der Verabschiedung des Entwurfs für ein Aktionsprogramm getan. Darin wurden politische Handlungsschwerpunkte im Kampf gegen Neofaschismus, Rassismus und Antisemitismus benannt. Regionale Bündnisse und Netzwerke, Runde Tische und verstärkte Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften sollen das politische Klima beeinflussen. Aktivitäten der Friedensbewegung sind regional und bundesweit zu unterstützen. Anstrengungen sind zu verstärken, um die berechtigten Ansprüche der ZwangsarbeiterInnen für die Öffentlichkeit sichtbar zu machen.

Die Mitglieder der Gemeinsamen Arbeitsgruppe beider Dachverbände kamen in zweimonatigem Abstand zusammen, eine gemeinsame Vorstandssitzung von Bundesausschuss (VVN-BdA) und Gesamtvorstand des VVdN-BdA fand am 16./17. Juni in Braunschweig statt. Im Mittelpunkt standen die Verabschiedung einer Grundsatzerklärung und ein Strukturvorschlag für die gemeinsame Vereinigung. Gemeinsame Grundlage bleibt der Schwur von Buchenwald ("Nie wieder"). Die Vereinigung bekennt sich zu den Traditionen aus Aufklärung, Widerstand und Neubeginn, zum Bewahrenswerten aus der Entwicklung der beiden deutschen Staaten. Gesellschaftliche Ächtung und Bekämpfung des deutschen Faschismus, Rehabilitierung der Opfer, soziale Gerechtigkeit, Frieden und Internationale Solidarität sind die Maximen, die in diesem Grundsatzpapier in Braunschweig weitgehend einmütig verabschiedet wurden.

Schwieriger gestaltete sich die Frage der Struktur einer gemeinsamen Vereinigung. Der Dachverband VVdN-BdA besteht aus Mitgliedsorganisationen, in drei Ländern bestehen IVVdN und BdA nebeneinander. Mitglied ist man in der jeweiligen Basisorganisation, nicht im Dachverband. Die Bundesdelegiertenkonferenz wählt einen Vorstand, der wiederum einen Geschäftsführenden Vorstand. Unsere Organisation ist eine Mitglieder-Organisation. Der Bundeskongress wählt einen SprecherInnenkreis, der Bundesausschuss wird von den Landesverbänden direkt beschickt und macht die Politik zwischen den Bundeskongressen. Die SprecherInnen sind darin unmittelbar mit eingebunden. Für ein SprecherInnenmodell spricht, dass es die politische Breite der Organisation widerspiegelt.

Für unsere Partner stand die Frage des Vorstandsmodells, regelmäßige Wahl durch Delegierte. Für uns stand die Frage nach der Eigenständigkeit der Länder. Die Zusammensetzung eines gemeinsamen Vorstandes ließe sich übergangsweise durch Festlegung einer Parität oder durch eine breitere Fächerung des Länderschlüssels festhalten. Für Beschlüsse könnte man eine 2/3-Mehrheit festlegen. Ein Beirat könnte Erfahrung und Wissen der Gründungsmitglieder nutzen. Als bekannte und erfahrene Persönlichkeiten könnten sie nach außen wirken und wären damit Repräsentanten der Vereinigung.

Über die Vereinigung sprechen wir nun schon recht lange, ein Vertrag über eine engere Kooperation beider Verbände würde den augenblicklichen Zustand nur verlängern. Bis zu einer weiteren gemeinsamen Vorstandssitzung gegen Ende des Jahres soll eine sechsköpfige Arbeitsgruppe die wesentlichen Gemeinsamkeiten und Unterschiede der Organisationsstrukturen in einer Synopse zusammenstellen und in einen Satzungsentwurf gießen. Die gemeinsamen Kommissionen zu Neofaschismus und Gedenkstätten sollen ergänzt werden durch Arbeitsgruppen zu den Bereichen Entschädigung und Mitteilungsblatt.

Weitergehende Informationen zu Entwicklung und Stand des Vereinigungsprozesses sind im Landesbüro einzusehen und als Material kopiert zu erhalten.

Raimund Gaebelein

Auf Erfolgskurs im Internet: VVN-BdA Bremen

Seit nunmehr drei Jahren ist der Landesverband Bremen im Internet unter http://www.vvn-bda.de/bremen mit einem eigenen Informationsangebot vertreten. Zeit eine kleine Zwischenbilanz zu ziehen. Für viele unserer älteren KameradInnen ist das Internet etwas, von dem sie zwar schon gehört haben, über dessen Möglichkeiten aber und wie auch wir es, als antifaschistische Organisation, für unsere Arbeit nutzen können, darüber wissen viele nicht so recht bescheid. Aus diesem Grunde versuche ich bei der Darstellung des Ganzen auch die in diesem Bereich Ungeübten von uns im Auge zu behalten.

Ausgehend von einer bundesweiten Internet-Initiative, u.a. unter der Beteiligung des ehemaligen Bundessprecher Karl Forster u. Jürgen Gechter, waren anfangs lediglich fünf oder sechs Landesverbände der VVN-BdA im Internet vertreten. Unsere Landesvereinigung war von Anfang an dabei, und das mit Erfolg. Denn die Internetseiten der Bremer VVN-BdA waren immer diejenigen, die am meisten besucht und abgefragt wurden. Mittlerweile sind 10 Landesverbände und 14 Kreisvereinigungen im Internet mit einem eigenen Informationsangebot zu finden. An der positiven Bilanz für uns hat sich dadurch nichts geändert. Laut aktueller Statistik sind unsere Seiten, neben denen des Bundesverbandes, wieder einmal die am besten besuchten. Um das ganze anschaulicher zu machen, hier eine Zahl aus dem sehr umfangreich ausgefallenen statistischen Bericht, den uns unserer Bundessprecher Jürgen Gechter geschickt hat:

Im Zeitraum vom 05.01.01 - 29.05.01 hatten wir 2.690 Zugriffe auf unsere Internetseiten, nur die Bundesseiten schnitten hier besser ab, was jedoch auch so gewollt ist. Die Vorteile unseres Internetengagements sind vielfältig. Neben dem BAF ist es ein hervorragendes informationspolitisches Instrument. In Anbetracht dessen, dass es weltweit zigmillionen Internet-Benutzer gibt, kommt dies auch der Verbreitung der VVN-BdA und ihrer politischen Arbeit in erheblichem Maße zugute. Im Vergleich dazu können wir mit unserem BAF monatlich nur etwa 600 Menschen erreichen, wobei diese überwiegend schon Mitglieder sind. Ein weiterer Vorteil ist, dass unsere Seiten 24 Stunden am Tag erreichbar sind. Da wir eine eigene E-Mail Adresse (elektronischer Postkasten) haben, sind Informationssuchende nicht mehr nur auf die Öffnungszeiten des Büros angewiesen, sondern können Anfragen per E-Mail an uns senden. Zudem ist die Bremer VVN-BdA per E-Mail-Verteiler und "Links" (Querverweise auf andere Internetseiten) auf unsere Seiten und umgekehrt vernetzt mit den Landes- und Kreisverbänden und anderen antifaschistischen Gruppierungen. Dadurch können wir in sehr kurzer Zeit auf aktuelle Ereignisse reagieren, und die Kommunikation untereinander wird erheblich erleichtert, da z.B. auch Texte und Bilddokumente verschickt werden können. Die Menge an Informationen übersteigt bei weitem den Raum, den wir in unserem BAF zur Verfügung haben. Nicht zuletzt ist das Internet auch ein Instrument zur Mitgliederwerbung, denn wir haben über unser Angebot im Internet auch ein neues Mitglied bekommen.

Wir tun also gut daran, unserer Arbeit im Internet fortzusetzen und unser Angebot weiter zu verbessern.

Jens

Bunt gemischt

Die Präsentation der neuen Neofaschismus-Ausstellung der VVN-BdA in Bremen und Stuhr (15. Mai bis 29. Juni) war in mehrfacher Hinsicht ein Erfolg. Zahlenmäßig betrachtet, kamen in Bremen bei vier Diskussions- und drei Filmveranstaltungen (die Abschlussveranstaltung fiel leider aus) ca. 250 TeilnehmerInnen zusammen. An sieben Führungen nahmen in Bremen noch einmal ca.120 SchülerInnen teil. Die Besucherzahl lässt sich nur schätzen, dürfte aber angesichts der Fülle der Einträge im Besucherbuch erheblich gewesen sein.

Im Rathaus der Gemeinde Stuhr, wo die Ausstellung anschließend für zehn Tage gezeigt wurde, fanden sich bei der Eröffnung bemerkenswerte 30 Gäste ein. An kurzfristig von der Gemeinde und Schülerinnen der KGS Stuhr organisierten drei Veranstaltungen nahmen ebenfalls nicht wenige teil. Auch hier besuchten Schulklassen die Ausstellung. Es wurden insgesamt eine größere Anzahl Kataloge (weiterhin für 5,- DM erhältlich) verkauft.

Außer diesen nackten Zahlen ist auch noch auf qualitativ Bemerkenswertes hinzuweisen. Die Zusammenarbeit mit dem DGB Bremen und der Gemeinde Stuhr war nicht nur problemlos, sondern ausgezeichnet. Die Ausstellung wurde von der DGB-Vorsitzenden Helga Ziegert, bzw. vom Gemeindedirektor Herrn Düring gemeinsam mit Thomas Willms von der VVN-BdA eröffnet.

Diese "offizielle" Unterstützung und die gute Pressearbeit des Organisations-Sekretariats des DGB und der Gemeinde führten dazu, dass die Hemmschwelle, politische Veranstaltungen zu besuchen herabgesetzt wurde. Man sah viele unbekannte Gesichter jeden Alters. Thematisch war das Begleitprogramm darauf angelegt, den zeitgeschichtlichen Rahmen aufzuzeigen, ohne den die aktuellen Debatten um Zwangsarbeiterentschädigung und NPD-Verbot kaum nachzuvollziehen sind.

Den durchweg hoch qualifizierten und motivierten ReferentInnen Eberhard Czichon, Gabriele Heineke und Gabriele Rohloff sei dafür noch einmal ausdrücklich gedankt.
Es wurde deutlich, dass der harte Kern des neofaschistischen Lagers ohne die Duldung, Tolerierung, juristische, geistige und finanzielle Unterstützung eines weiten Umfeldes kaum handlungsfähig ist. Deshalb ist es unabdingbar, nicht nur gegen NeofaschistInnen im engen Sinne vorzugehen, sondern auch geduldig Einfluss auf diese Rahmenbedingungen zu nehmen.

Besonders wichtig waren die für Berufsschulklassen von Mitgliedern der VVN-BdA Bremen durchgeführten Führungen. Ein von unserer Kreisvereinigung Lüneburg erstelltes pädagogisches Arbeitsblatt tat gute Dienste. Das Interesse an diesen Führungen schwankte zwischen "kein Bock" und gespannter Aufmerksamkeit. Es war erkennbar, dass der Kenntnisstand über dieses Thema (und überhaupt über politische Fragen) allgemein sehr niedrig ist. Erfreulich ist es, dass ein nennenswerter Teil (ca. 1/5, eher Mädchen als Jungen) Bereitschaft zum Engagement zeigte.

Thomas

Besuch am Mahnmal

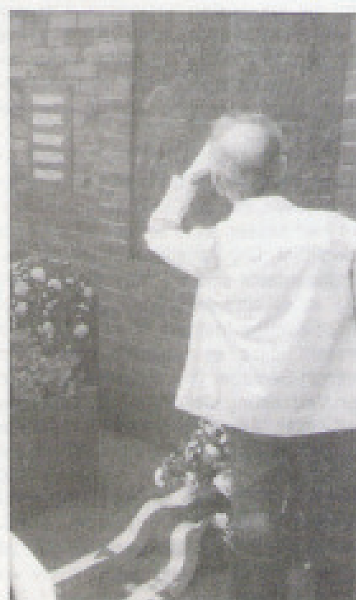
In der Zeitung "Betriebsrat", dem Mitteilungsblatt des Betriebsrates der Stahlwerke Bremen vom 05. Juni 2001 war erfreulicherweise Folgendes zu lesen.

Der Autor war **Host Meyerholz:**

"Kranzniederlegung: Überlebende Häftlinge und Angehörige Verstorbener besuchten am 24. Mai die Gedenkstätte der Zwangsarbeiter am Hochofen.

Während des Zweiten Weltkrieges arbeiteten und starben in einem auf dem Gelände der damaligen Norddeutschen Hütte gelegenen Gefangenenlager, das 1944 in ein Außenlager des Konzentrationslagers Neuengamme umgewandelt wurde, Angehörige vieler europäischer Nationen an Unterernährung und Misshandlungen.

Unser nebenstehendes Bild zeigt einen der französischen Überlebenden vor der Gedenktafel."



Sommerausfahrt

Leider ist der Redaktion mit dem Datum der Sommerausfahrt ein Fehler unterlaufen: *sie findet am Sonnabend, den 04. August, statt.*

Anlässlich unserer Sommerausfahrt nach Worpswede sei auf zwei Veröffentlichungen von 1999 bzw. 2000 aufmerksam gemacht, die zeigen, dass auch Worpswede nicht immer und in allem so war und ist, wie es sich allgemein darstellt und allgemein gesehen wird:
Arn Strohmeyer: "Der Mitläufer - Manfred Hausmann und der Nationalsozialismus",
Arn Strohmeyer, Kai Artinger, Ferdinand Krogmann: "Landschaft, Licht und niederdeutscher Mythos"
Der Verlag schreibt dazu: "Die Künstler-Kolonie Worpswede bei Bremen, die 1899 gegründet wurde, ist noch heute stolz darauf, Teil einer europäischen Kunstbewegung gewesen zu sein, die wie ein unsichtbares Netz ab 1830 - ausgehend von Barbizon bei Paris - Europa bis zum Ende des Ersten Weltkrieges überzogen hat. Verschwiegen wird meist ein Aspekt, der ganz wesentlich an der Gründung der Worpsweder Künstlerkolonie beteiligt war und eine Gleichsetzung mit anderen europäischen "Kunst-Dörfern" fraglich macht: der deutsch-völkische. Denn der neuromantische Rückzug aufs Land, der Protest gegen den Akademie-Betrieb und die ganze pompöse Salonkunst der Wilhelminischen Epoche war in Wirklichkeit von tiefem Kulturpessimismus geprägt, dem auch völkische Motive zugrunde lagen. Deutlich wird dies an der großen Verehrung der ersten Worpsweder Malergeneration für den völkischen Ideologen Julius Langbehn, der mit seinem Bestseller "Rembrandt als Erzieher" (1890) der neuromantischen Protesthaltung der Zeit Ausdruck verlieh. In der engen Verwurzelung mit dem "niederdeutschen" Heimatgedanken lag ein Ausgangspunkt der Worpsweder Kunst. Dies brachte die Maler später in enge Verbindung mit dem Nationalsozialismus. Worpswede sollte zum "Niederdeutschen Kunstzentrum" ausgebaut werden. Mackensen und Modersohn wurden von den Nationalsozialisten besonders geschätzt und mit Ausstellungen und Auszeichnungen geehrt. Dieses Buch arbeitet endlich ein wesentliches Stück der bisher tabuisierten Geschichte der bedeutensten deutschen Künstlerkolonie auf."
Auf Seite 218 heißt es zum "von Vogeler wunderschön gestalteten Bahnhof" (BAF 07/2001): Am 27. November 1937 rückte der erste Zug einer Abteilung des Reichsarbeitsdienstes (RAD) in das neu gebaute Lager beim Worpsweder Bahnhof ein. Uphoff hatte die Leitung der Innenausstattung übernommen; er sollte "arteigene Räume mit besonderer Note schaffen", und Oberstarbeitsführer Klatte bescheinigte dem Künstler und dem Baukommando des RAD, dass "man einen wichtigen Schritt in der arteigenen Raumgestaltung vorangekommen" sei.

Hermann Jarck

Oft zu wenig, oft auch zu spät

Leider war sie nicht so gut besucht, unsere Landesmitgliederversammlung am 16. Juni, was sicher großenteils an der recht kurzfristigen Einladung lag. Auf der Tagesordnung ein Bericht zum Stand der Vereinigung beider antifaschistischer Verbände, zur Währungsumstellung, zum Interesse an unserem Internet-Beitrag, die Notwendigkeit, unsere Satzung zu aktualisieren. Seit unserer letzten Mitgliederversammlung vor 11 Monaten standen wachsender Antisemitismus, Rassismus und die Euthanasiedebatte im Mittelpunkt der jährlichen Gedenkveranstaltungen mit Betriebsräten und Friedensfreunden. Die Bremer VVN-BdA begab sich auf die Suche nach Spuren des Antifaschismus in Bremens Geschichte. Unterstützt haben wir die Partigiani-Ausstellung im Staatsarchiv und die Wollenberg-Ausstellung in Villa Ichon. Offene Probleme der Entschädigung standen im Mittelpunkt von Gesprächen mit polnischen, niederländischen und französischen Zwangsarbeitern anlässlich ihrer Besuche in Bremen. Gegen faschistisches und revanchistisches Auftreten standen wir mit Friedensfreunden an der Altmannshöhe und gegen eine Versammlung des Verbands Deutscher Soldaten. Wir haben uns kritisch mit dem Auftritt der Böhsen Onkelz in Bremen befasst, gegen die Naziaufmärsche in Weyhe, Tostedt, Osterholz-Scharmbeck und Bremen-Nord protestiert. In unserem Büro gab es Referate zur Ausgrenzung von Minderheiten und zur US-Faschisten-Szene im Internet. Eine Veranstaltung zur rechten Musikszene im Bürgerhaus Vegesack und eine Filmveranstaltung am 30. Januar waren Vorläufer für ein breitgefächertes Begleitprogramm zur Ausstellung über den Neofaschismus in der BRD, die vier Wochen in den Räumen des DGB und anschließend für zwei Wochen im Rathaus von Stuhr gezeigt wurde. Wir haben unsere Solidarität geäußert gegen das geplante Bremer Polizeigesetz, gegen die Abschiebung ganzer Flüchtlingsfamilien, oft zu wenig, oft auch zu spät.

Wie soll es nun weitergehen? Wir müssen feststellen, dass nur 1/3 unserer Mitglieder unter 50 ist, und unsere Mitgliedschaft lediglich zu 1/3 weiblich. In Hastedt bietet sich Erinnerungsgeschichte mit jüngeren und älteren Kameraden an. Klar ist, dass für die September-Veranstaltung auf dem Osterholzer Friedhof ein mahnendes Programm gesichert ist. Für Ende August ist ein Besuch ukrainischer Zwangsarbeiter in Bremen geplant. Am 9. November sollte sich dem Gedenken wieder eine Lesung in der Gröpelinger Stadtbibliothek anschließen. Mitte Februar bis Mitte März 2002 werden wir in der Villa Ichon endlich die Ausstellung über das Wirken des Nationalkomitees Freies Deutschland zeigen können. Ein Begleitprogramm vom 27. Januar bis Mitte März wäre schon wichtig. Hier halte ich den Gedanken für wichtig, die Verantwortung der deutschen Wirtschaft für Faschismus und Krieg aus den Anfängen heraus deutlich werden zu lassen. In diese Zeit fällt auch der 4. Februar. Die für Ende November geplante neue Neofaschismus-Broschüre wäre ein gutes Thema für eine mögliche Nordkonferenz im Januar/Februar und könnte auch in Bremen zu Vortragsabenden genutzt werden.

Raimund Gaebelein

Nicht vergessen

Da haben die Bundesregierung und der Bundestag gegen die Stimmen der CDU und des Bundestags das Verbot der NPD beim Verfassungsgericht beantragt. Dazu wurden jede Menge Umzugskartons mit Material von verfassungsfeindlichen Aktivitäten geliefert. Und die NPD meldet für Bremen-Nord eine Demo an, um zu beweisen, dass sie nicht gegen die Verfassung sei.

Und Herr Kuno Böse erlasst nach Beratung kein Verbot. Um zu beweisen, dass die NPD demokratisch ist, müssen 1.500 Polizisten aufmarschieren, die die Nazis schützen. Und so kann Kuno dem Verfassungsschütz vermelden:

Die Dutzenden Kartons voll von Beweisen, alles Quatsch, alles Makulatur. In Bremen gibt es nur demokratische, also Nationaldemokratische (NPD, so wollten sie eigentlich heißen), aber das ging damals nicht. Der Volksmund war bissig: Na denn Prost (NdP) war bald in aller Mund.

Aber der Spreewald-Import weiß natürlich, wovon er spricht. So verkündete er auf der Kundgebung der Demokraten: Jetzt geht's los gegen den Linksextremismus, der Rechtsextremismus läuft ja friedlich hier in Bremen-Nord. Im Trend des CDU-Wahlkampfes.

Mit der Verteufelung der Linken hat die CDU manchen Wahlkampf gewonnen, aber auch manchen verloren. Nie vergessen!

Willy 100mark

Termine

Antifaschistischer Stadtrundgang

Am **Samstag**, den **18. August** findet **um 14:00 Uhr** ein antifaschistischer Rundgang durch Gröpelingen mit **Willy Hundertmark** satt. Der Weg geht vom Bunker Pastorenweg/Grasberger Straße zum Waller Friedhof (Linie 2/10, Haltestelle Altenescher Straße oder Linie 3 Haltestelle Grasberger Straße).

Besuch aus Polen

Am Freitag, 31. August 2001, berichtet **Henryk Hauffe** (Poznan) **um 18:00 Uhr** im Landesbüro der VVN-BdA, Bürgermeister-Deichmann-Straße 26 oder in der Villa Ichon, Goetheplatz 4, über seine Erlebnisse als Zwangsarbeiter in Bremen in den Jahren 1942-45.
Am Samstag, 01. September, wird er mit uns allen **um 11:00 Uhr** zum Antikriegstag auf dem Marktplatz sein.

Männer und Frauen des Widerstandes, Verfolgte und Opfer des NS-Regimes gründeten 1947 die "Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes". 1971 öffnete sie sich für jüngere Mitglieder als VVN-Bund der Antifaschisten. Sie hat sich als überparteiliche Bewegung zum Ziel gesetzt, eine neue "Welt des Friedens und der Freiheit" zu erringen.

o Ich möchte mehr über die VVN-BdA wissen.

o Ich bin bereit, einzelne Aktionen zu unterstützen und möchte informiert werden.

o Ich möchte in die VVN-BdA eintreten.

o Ich möchte den "Bremer Antifaschist" probeweise/regelmäßig beziehen.

Mich interessieren vor allem folgende Themenbereiche:

o Einwanderer und Flüchtlinge
o Neofaschismus
o Frieden/Antimilitarismus
o Geschichtsforschung
o Erinnerungsarbeit

Name ______________________
Vorname ______________________
Straße ______________________
PLZ, Ort ______________________
Geb.-Datum ______________________
Bremen, den ______________________
Unterschrift ______________________

Bitte einsenden an:
VVN-BdA Bremen e.V.,
Bürgermeister-Deichmann-Str. 26,
28217 Bremen

Notwendige Satzungsänderung

Wie im Punkt 3 der Tagesordnung zur Landesmitgliederkonferenz angekündigt, beabsichtigen wir unsere Satzung kleineren Korrekturen zu unterziehen. Die Änderungen sind im Einzelnen nachfolgend aufgeführt:

Aufnahme neuer Mitglieder

Paragraph 3 Absatz 2 wird um folgenden Satz 3 ergänzt:

"Falls keine Kreisvereinigungen existieren wird der Antrag durch Unterschrift von 2 Mitgliedern des Geschäftsführenden Vorstands im Mitgliedsbuch angenommen bzw. durch Beschluss des Geschäftsführenden Vorstands abgelehnt".

Hinter Paragraph 4 werden die folgenden Paragraphen 4 a und 4 b eingefügt:

"*4 a Ehrenmitgliedschaft*

(1) Die VVN-BdA kann natürlichen Personen die Ehrenmitgliedschaft verleihen. Die Personen müssen hierzu ihren ständigen Wohnsitz außerhalb der Bundesrepublik Deutschland haben, die Ziele, die Aufgaben, das Programm und die Satzung der VVN-BdA anerkennen und sich mit ihr verbunden fühlen.

(2) Über die Verleihung der Ehrenmitgliedschaft entscheidet der Landesvorstand. Die ordentlichen Mitglieder der VVN-BdA sind berechtigt dem Landesvorstand geeignete Personen, welche ihr Einverständnis hierzu erklärt haben, für die Ehrenmitgliedschaft vorzuschlagen.

4 b Erlöschen der Ehrenmitgliedschaft

(1) Die Ehrenmitgliedschaft erlischt:
- durch Tod,
- durch nachträglichen Verzicht,
- durch Aberkennung.

(2) Der nachträgliche Verzicht ist entweder schriftlich gegenüber dem Geschäftsführenden Vorstand oder mündlich gegenüber einem Mitglied des Geschäftsführenden Vorstands zu erklären.

(3) Für die Aberkennung der Ehrenmitgliedschaft gelten die Regelungen über den Ausschluss ordentlicher Mitglieder entsprechend."

Paragraph 5 Absatz 2 wird wie folgt geändert:

"Jedes ordentliche Mitglied hat das gleiche aktive und passive Wahlrecht. Ehrenmitgliedern stehen diese Rechte nicht zu".

Paragraph 5 Absatz 4 wird wie folgt geändert:

"Jedes ordentliche Mitglied ist verpflichtet, regelmäßig den Mitgliedsbeitrag zu zahlen. Ehrenmitglieder sind beitragsfrei".

Paragraph 6 Absatz 4 wird um folgenden Satz 2 ergänzt:

"Der Beitrag für die FIR ist im Mitgliedsbeitrag enthalten".

Paragraph 8 Absatz 1 wird folgt geändert:

"Die Landesvereinigung gliedert sich, sofern die Voraussetzungen hierfür vorhanden sind, in Kreis-, in Ortsvereinigungen bzw. Stadtteilgruppen".

In Paragraph 10 Absatz 4 Satz 3 wird die Zahl "25" durch die "15" ersetzt.

Es wird ein Paragraph 18 eingefügt:

"Die Satzung wird frühestens mit dem 01.01.2002 gültig".

Ulrich St.

Einladung zur Landesmitgliederkonferenz der VVN-BdA Bremen

Am Samstag, 29. September 2001 um 15:00 Uhr in der Begegnungsstätte Haferkamp (zu erreichen über Straßenbahn 2 oder 10) - Mitgliedsbuch nicht vergessen!

Tagesordnung:

1. Eröffnung, Beschlussfähigkeit, Wahl der Versammlungs- und Wahlleitung
2. Bericht des Landesvorstands, Stand der Vereinigung der antifaschistischen Verbände, Kassierer- und Revisionsbericht, Aussprache und Entlastung
3. Notwendige Anpassungen der Satzung der Landesvereinigung (Einzelheiten im nebenstehenden Artikel von Ulrich St.)
4. Wahl der/s Vorsitzenden, stellvertretenden Vorsitzenden, Kassierers, Mitglieder des Geschäftsführenden und weiteren Landesvorstands, der Revisoren, der Bremer Bundesausschussmitglieder
5. Beschlüsse und Anträge
6. Verschiedenes und Schlusswort

Der Landesvorstand

"Der Bremer Antifaschist" ist die Zeitung der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten Bremen e.V. (VVN-BdA).

Wir sind regelmäßig erreichbar in der Bürgermeister-Deichmann-Str. 26, 28217 Bremen
Tel.: 0421/38 29 14
Fax: 0421/38 29 18

E-Mail: vvn-bda.bremen@iname.com
Internet: http://www.vvn-bda.de/bremen

Montag: 17:00-18:00 Uhr
Donnerstag: 18:00-19:00 Uhr

Für unsere Arbeit werden dringend Spenden benötigt:
Die Sparkasse in Bremen
BLZ:29050101 - Konto-Nr.: 1031913
Wir sind vom Finanzamt als gemeinnützig anerkannt.

Antifaschistische Stadtrundgänge können entweder im Büro oder direkt unter 0421-61 12 62 (Willy Hundertmark) oder 0421-61 63 215 (Raimund Gaebelein) angemeldet werden.

Der Geschäftsführende Vorstand trifft sich montags von 18:00 - 19:30 Uhr.

Der Landesvorstand trifft sich an dem letzten Montag im Monat von 18:00 - 20:30 Uhr.

Die Sitzungen sind mitgliederöffentlich.

Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Auffassung der Redaktion wieder.

Redaktionsschluß ist am 05. des Vormonats

V.i.s.d.P.: Willy Hundertmark (Ehrenvorsitzender)

Nachdruck ist mit Quellenangabe und Belegexemplar erwünscht!

Geburtstage im August 2001

Fredeke Drewes 05.08., 63 J.
Wolfgang Büchler 22.08., 56 J.
Ernst Fenner 26.08., 87 J.

Herzlichen Glückwunsch allen Kameradinnen und Kameraden vom Landesvorstand